

# Kaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 20 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 2 R., auf der 4. Seite 1 R. 50 Kop.

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr. (Kirovskaja), 27, neben der deutschen Bibliothek. — Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 86.

Tiflis, den 2. November 1919.

11. Jahrgang.

## Ortsgruppe Tiflis. Deutsches Haus.

Sonnabend, den 15. November,

von 5 bis 8 Uhr abends:

Grosse

## Kindervorstellung

nach reichhaltigem Programm. Näheres in der nächsten Nummer des Blattes.

Die Sitzungen des Vorstandes der

## Deutschen Dramatischen Sektion

finden jeden ersten Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats im Deutschen Realgymnasium statt. Alle Mitglieder und diejenigen Nichtmitglieder, welche Interesse an der Arbeit der Sektion haben, sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

10-3

## Allen voran!

Mariensfeld, d. 25. Okt.

Wohin man auch immer schiden mag, — überall ein und dieselbe Erscheinung: ein erbitterter Kampf zwischen Landbesitzern und Landlosen. In einigen unserer Kolonien wird er offen geführt, mit tierischer Brut, und in einer Kolonie droht er sogar die Auflösung der ganzen Gemeinde, mit ganzlichem Zerfall von Kirche und Schule, herbeizuführen. In anderen Kolonien wird er geheim, verdeckt geführt, doch mit nicht weniger Ingrimm, als in ersteren.

Mariensfeld, das so oft und von so vielen gescholtene Mariensfeld, hat aber schon längst eingesehen, daß der Kampf der Parteien eine Gemeinde zugrunde richten muß, und hat daher der Gefahr eines anderen Zerfalls gesteuert durch einen Gemeindeforschuss, vom 6. Oktober. Durch diesen Gemeindeforschuss wird jeglichem Land und Streit auf agrarer Grundlage von vornherein die Spitze abgebrochen; denn die Landlosen erhalten das von ihnen so lange und so heiß ersehnte Land.

Der betreffende Gemeindeforschuss enthält u. a. folgende wichtige Punkte:

§. 1: Die Bürger von Mariensfeld treten ihren Landlosen ab: a) das Gemeindefeld (Ackerland), in Zugrosenart, b) die Vergütungshäute und c) das von den Gerbrüden Schule für Entschädigung abzutretende Land.

Die Gemeinde Mariensfeld hat es also nicht so gemacht wie einige andere Gemeinden, in denen die Landkommission der Gemeinde wohl die betreffende Anzahl von Dessjatinen zugewiesen hatte, wo es aber den Landbesitzern nachher gar nicht einfiel, den Landlosen auch einige Dessjatinen Land abzutreten: Letztere blieben eben jetzt wie vordem ohne Land. — So ist uns eine Gemeinde bekannt, in der alle Landlosen insgesamt bloß etwa 6 Dessj. von den Landbesitzern zu erhalten wünschten, aber auch diese verschwindend kleine Anzahl von Dessjatinen wurde ihnen abgepflogen.

§. 3: „Eine Norm erhält jeder Mariensfelder... der das 20. Jahr zurückgelegt hat.“

Wieviel böses Blut gibt's gewöhnlich der erwachsenen Söhne halber! Das Oesen hat für sie keine Norm vorgelesen, sofern sie nicht verheiratet sind, und daher — behändig Zank und Streit. In einer Kolonie erklärte ein weitend gewordener Vater von 4 Söhnen: „Wenn ich für meine Buaba loi Land kriag, no mach ich a Raiberbande on schlag's ganz Derle j'amma!“

In Mariensfeld wird's also jedenfalls keine Raiberbande geben, denn von dem Land, das der ganzen Gemeinde zugewiesen wurde, erhält jeder junge Mann, der das 20. Lebensjahr überschritten, eine bestimmte Norm, und damit basta! — Durch diesen Umstand erhält wohl jeder etwas weniger Land, aber der Frieden und die Gerechtigkeit sind gesichert, und das ist die Hauptsache.

§. 4: „Es soll ein Land-Reservefonds gebildet werden, und dieses Reservefond wird geteilt unter solche Familien; deren Personenzahl die Zahl 5 übersteigt.“

Das Landgesetz bestimmt die Norm auf die Familie, nicht aber auf die Seelenzahl. Kinderreiche Familien kommen hierbei ziemlich schlecht weg. Dadurch, daß Mariensfeld eine gewisse Anzahl von Dessjatinen als Reservefonds zurückläßt, um kinderreichen Familien eine größere Norm zuweisen zu können, hat es gezeigt, daß es noch nicht verstanden hat, was Nächstenliebe bedeutet!

§. 5: „Handwerker erhalten eine halbe Norm, falls ihre Personenzahl nicht 5 übersteigt“ — sonst eine ganze. „Falls ein Handwerker zu seinem Handwerk nicht mehr fähig ist, so wird ihm Land aus dem Reservefond zugewiesen.“

Also ist auch dieser wunder Punkt — mit den Handwerkern — glücklich gelöst. Bill der Handwerker sich selber sein Brot anfragen, so hat er die volle Möglichkeit dazu!

Die wichtigsten Punkte, die in unseren Kolonien so viel Anlaß zu Zank und Streit gegeben haben, sind somit in Mariensfeld glücklich erledigt worden!

Möchten doch unsere übrigen Kolonien denselben Weg einschlagen, nicht aber mit Gader und Händeleien aller Art etner dem andern das Leben verbittern! Ja, ich will es eingestehen: ich war freudig überrascht, als ich von diesem Gemeindeforschuss erfuhr.

Doch noch eins will ich erwähnen: in Mariensfeld ist der Gedanke aufgekommen, sich mit Petersdorf und Preudental zu einer einzigen Kolonie zusammenzuschließen.

Glückauf! Einigkeit macht stark. Wenn diese 3 Gemeinden schon eine gemeinsame Schule, Kirche und Ortsverwaltung besitzen, eine an die andere angrenzt, — warum sollten sie nicht vollends den nächsten Schritt tun und sich zu einer Kolonie verbinden?

Wie kleine innere Raiberrien hären dann auf, so manche unnötigen Auslagen werden dadurch gestirzt, und die Gemeinden können durch diesen Schritt in jeglicher Beziehung nur gewinnen.

Hochmalts also: Glückauf zur Vereinigung!

G. Schaal.

## Zur politischen Lage.

Inland. — Eine umfangreiche Regierungsmittelung besagt, daß seit dem Mai d. J. aus Kreisläuf der Moskauer Sowjet-Regierung ein bolschewistischer Anschlag gegen die demokratische Verfassung in Georgien vorbereitet wurde, welcher am 24. Oktober durch einen allgemeinen Aufstand des georgischen Volkes, insbesondere der bewaffne-

ten Streitkräfte des Landes (reguläre Truppen und Volksgarde), der Arbeiter und der Bauern, verwirkt worden sollte. Zu diesem Zweck hätten sich hierbei entsandte, erfahrene kommunistische Aufwiegler zunächst der Mithilfe des Abschaums der georgischen Gesellschaft, darunter vor allem entpurrungener Verbrecher und Deserteur, versichert und dann Fühlung mit 'all' den Elementen gesucht und gefunden, denen das selbständige Georgien mit allen seinen neugeschaffenen Einrichtungen und Verhältnissen verhasst sei. Als zu diesen gehörig nennt die Regierungsmittelung vornehmlich die in Georgien zerstreut wirkenden Agenten Denikins. Diese inneren Feinde der Republik seien nun ein gefährliches Werkzeug in den Händen Georg Kalandadzes gewesen, der die oberste Leitung der revolutionären Bewegung übernommen gehabt habe. Als das geeignete Mittel zur Erreichung ihres Zieles, des Umsturzes der bestehenden Ordnung, hätten die Bolschewiki, nächst einer weitverzweigten Agitationsorganisation, die Herbeiführung eines Konflikts zwischen Georgien und der „Freiwilligen-Armee“ ins Auge gefaßt. Der Nordanmarsch gegen General Baratoff gehöre auch in die Kategorie der Provokationen, die zu jenem Zweck inszeniert worden seien. Auf mehrfachen Konferenzen (19. August in Tiflis, im September im Kreise Natava a. a.) sei ein förmlicher Kriegszustand ausgearbeitet worden, dessen Ausführung besonderen Komitees obgelegen habe, die an verschiedenen Orten mit gewissem Erfolg gewirkt hätten. Die Behörden seien über die Verschwörung unterrichtet gewesen, wenigstens so weit, daß sie die Spuren derselben auszufolgen hätten verfolgen können. Am 1. Oktober sei Georg Kalandadze in Tiflis verhaftet worden, am 4. Oktober im Frieden Gjoschawi (bei Gori) das Georige Kriegstechnische Komitee im ganzen Bestande, ferner Sjachia Gegetschori, der Führer der Verschwörung, in den Kreisen Duschet und Leischghwa, der Hauptführer Kalandadze, der, wie es sich herausgestellt habe, das Attentat auf General Baratoff gemeinsam mit dem hierbei getöteten Eltschidze verübt hätte, usw. Nichtsdestoweniger sei die Regierung außerstande gewesen, zum kritischen Zeitpunkt (23.—24. Okt.) die zahlreichen bolschewistischen Ausschreitungen, die in der in Rede stehenden Mitteilung aufgezählt sind, zu verhindern. Ihnen vorausgegangen sei eine am 14. Oktober, um 9 Uhr abends, in Sjachum angezeigte Militärrevolte, zu der in erster Linie die vielen Teletreure beigetragen hätten, welche eben erst aus dem Kreise Sugdidi hierher gebracht und bei der 7. Kompanie des östlichen Regiments untergebracht gewesen seien. Ein Versuch, in das Waffendepot einzubrechen, sei mißglückt — dank dem sofort von der Artillerie-Division und den in Sjachum stationierten Teilen der Volksgarde ergriffenen Maßnahmen. Die Teilnehmer am Aufstand hätten nach kurzer Zeit sich ergeben und die Anführer, darunter: einige berühmte Bolschewiki, ausgeliefert. Nach 1 Stunde sei die Ordnung wieder hergestellt gewesen. Am nachdrücklichsten habe sich die revolutionäre Bewegung am 21. Okt. in Sjachmeti, Kuldschi und im Dorfe Gubi (Kuchischer Gemeinderat), insbesondere aber im Frieden Sagodechi (Kreis Sjachach) gezeigt, wo es zu groben Schalltaten gekommen sei, die totalen Behörden von der Bolschewiki abgesetzt und die Beamten zum größten Teil ins Gefängnis geworfen worden und Post und Telegraph in ihre Gewalt geraten seien, desgleichen das Waffendepot (Sagodechi) etc. In Poti sei die Erhebung an der hauptsächlich Matrosen und die Bewohner des Dorfes Natada die Hauptrolle

hätten spielen sollen, durch rechtzeitige Verhaftung der Rädelshörer, unter ihnen auch des Befehlshabers eines Kriegsschiffes und eines früheren Offiziers, verhindert worden. In Tiflis hätten sich die Leiter des geplanten Aufstandes im Gasthause „Aurora“ regelmäßig versammelt. Am 21. Okt. seien hier verhaftet worden: Nisko Mgeladze, ein bekannter Erwerber mit dem Spinnnamen „Korogly“, die Leutnants Suchtschischwili und Schachnazaroff, der frühere Offizier Kalafadze, der gewesene Soldat Pittschaja, der „Genosse“ Sachotija und viele andere. Bei ihnen sei eine Karte von Tiflis gefunden worden, auf der die einzelnen Punkte angemerkert gewesen seien, wo der Aufstand zu gleicher Stunde in Szene gesetzt werden sollte. In Tiflis hätten die Bolschewiki die Regierung durch Verhaftung ihrer Spitzen zu beseitigen beabsichtigt, worauf sie dann selbst die Verwaltung des Landes nach dem Rezept der Moskauer Räte-Regierung übernommen haben würden. In Tiflis, Telawi und noch einer ganzen Reihe von Drikschaken sei der Anschlag in ähnlicher Weise mißlungen, wie in den oben erwähnten Drikschaken. Bemerkenswert ist in der Regierungsmittelung noch, daß unter den nach Hunderten zählenden Arrestierten sich auch etliche Chinesen befänden. Zum Schluß heißt es daselbst: „Gegenwärtig ist die Ordnung in der Republik wieder vollkommen hergestellt. Wegen des Aufstandes ist eine außerordentliche Untersuchung eingeleitet. Alle Schuldigen werden dem Gericht übergeben werden und die gebührende Strafe erleiden. Während dieser bolschewistischen Auftritte hat es sich deutlich gezeigt, daß das Volk ein getreuer Befestiger der demokratischen Verfassung ist und nicht in die Falle geht, die ihm von belauschten Agenten ausländischer Staaten gestellt wird.“ Die Regierungsmittelung trägt die Unterschrift des Ministers des Innern N. Ramischwili. — Die georgische Presse vertritt natürlich einmütig die hochverehrtesten Ansichten der Bolschewiki und ihrer Helfershelfer. Nur in der Beurteilung des spezifischen Wertes ihres Hervortretens sind die Blätter bei weitem nicht einer Meinung. Die „Wotjba“ z. B. nimmt die Sache ziemlich leicht, bezeichnet den Zustand als einen „overtretenhaften“ und behauptet, daß er von dem Publikum kaum bemerkt worden sei; der Bolschewismus könne sich in Georgien, einem Lande mit wahrhaft demokratischer, vom Volke selbst gewollter Verfassung, überhaupt nicht entwickeln, da ihm hierzu der nötige Nährboden fehle etc. Die „Ertoba“ faßt die Angelegenheit ernster auf und verlangt, daß die Regierung „mit glühendem Eifer die kranken Stellen in unserem Organismus, die gegenrevolutionäre Eiterbeulen seien, ausbreiten müsse“. „Sachartwelow“ meint, daß auch die schwerste Bekämpfung der Unstärker uns vor dem Bolschewismus nicht endgültig sichere; dazu wäre erforderlich, daß die innere Politik so geleitet würde, daß jedermann mit Vertrauen in die Zukunft blicken könnte.

was leider nicht der Fall sei, wo „ein Bruder den andern nicht erkenne, das Ansehen der Regierung untergeordnet sei, Direktiven und Resolutionen von Parteifolletiven vorherrschen, ein Übel, das unser Staatsgebäude zum Schwanken und dem Einsturz nahe bringe...“ die Regierung müsse ihre Politik nachprüfen, um „Schlachtfeld-Sammelstück“ fest, daß die bolschewistischen Exzesse mit jedem Male heftiger, breitschichtiger würden. Hierzu müsse man sich mit Ernst verhalten. Außerdem schaffe die Politik der Gefängnisse die Ruhe nicht, auf Repressivmaßnahmen dürfe man sich nicht beschränken. Die Regierung sei dem Volke entfremdet; die Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung sollten sich häufiger bei ihm zeigen usw.

**U s s l a n d.** — Die (deutsche) Unterkommission zur Klärung der Gründe, weshalb der Friede während des Krieges nicht zustande kam (s. vorige Nummer), hat nur das Tatsachenmaterial zu sammeln; das Urteil zu sprechen, bleibt dem Reichsgericht überlassen. Den Sitzungen wohnten die früheren Staatsmänner v. Bethmann-Hollweg, Helfferich u. a. als Zuhörer bei. Der frühere Volschafte Graf Bernstorff in Washington ist als Zeuge vorgeladen. Vorsitzender ist Warnum, ein Mitglied der Deutschen Nationalpartei, Sekretär — ein Mitglied der Zentrumspartei, Berichterstatter — Singheim, Vertreter der Partei der Mehrheitssozialisten. Es sind mehrere Sachverständige (Experten) hinzugezogen worden. Dr. Sasseimer erklärt, daß sämtliche Geheimdokumente des Ministeriums des auswärtigen der Unterkommission zur Verfügung gestellt seien. Die Dokumente, welche das Kriegsministerium, das Marineministerium und den Generalstab betreffen, würden später vorgestellt werden. Singheim berichtet zunächst über die Wilson'schen Friedensversuche. Er unterscheidet hierbei vier Perioden: die erste — von Beginn des Krieges bis zur sog. Suffer'schen Note, die an Wilson am 4. Mai 1916, anlässlich des Unterseebootkrieges und der Blockade, gerichtet wurde; die zweite — bis zum 12. Dezember 1916, als Deutschland den Frieden anbot; die dritte — von der Wilson'schen Friedensnote, die den kriegführenden Mächten am 21. Dez. 1916 überreicht wurde, bis Januar 1917, als beschlossen wurde, den Unterseebootkrieg ohne jegliche Beschränkung fortzuführen, und die vierte (letzte) Periode, von Januar 1917, als Amerika die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach. Singheim sagt, daß, nach den Dokumenten zu urteilen, in der ersten Periode keine entscheidenden Schritte getan wurden, um den Frieden zu erreichen, sondern nur Verhandlungen geführt wurden; in der zweiten Periode habe Graf Bernstorff Instruktionen erhalten, Wilson zu veranlassen, ein Friedensangebot zu machen. B. teilte damals mit, daß Wilson hierzu bereit sei und daß auch die öffentliche Meinung in Amerika auf Seiten eines schleunigen Friedensschlusses sei, aber gegen Deutschland wegen

des Unterseebootkrieges, desgleichen wegen der Vorgänge in Belgien stark abgelehrt sei. Schon am 18. Oktober 1916 hatte v. Bethmann-Hollweg mit dem österr.-ungarischen Minister des Äußeren Grafen Thurn über den Frieden unterhandelt. Im Dezember war dann Graf Bernstorff davon in Kenntnis gesetzt worden, daß es notwendig sei, möglichst schnell Frieden zu schließen. Er antwortete schließlich, daß man im Januar ein Friedensangebot von Wilson erwarten könne. Die dritte Periode begann mit dem Friedensvermittlungangebot Wilsons und seinem Ersuchen, ihm konkrete Friedensvorschlüge zugehen zu lassen. Eine neutrale Macht machte ein gleiches Angebot, wobei sie noch mitteilte, daß die Gegner unter gewissen Bedingungen zum Frieden bereit seien, und zwar namentlich unter der Voraussetzung, daß Belgien wiederhergestellt würde. Am 18. Dezember war dieses in Berlin bekannt geworden. Am 26. Dezember lehnte der Staatssekretär des Auswärtigen v. Zimmermann es ab, konkrete Friedensbedingungen anzugeben. Die Entente gab keine Antwort. Im Dezember noch wurde erklärt, daß Amerika neutral bleiben werde. Oberst Houie, der damals die Gauhäute Europas besuchte, teilte u. a. mit, daß nach der Berichten des amerikanischen Ocean-Passagierdampfers „Luitania“ niemand vom Frieden auch nur hören wollte... (Hier bricht der Festspruch ab. Die Fortsetzung enthält die Aussagen des Grafen Bernstorff, die wir in der nächsten Nummer wiedergeben zu können hoffen. — Die Schriftl.) — Die Einkehr schwedischen Erzes nach Deutschland ist englischerseits infolge der Blockade, ungeachtet der Proteste Schwedens, unterjagt worden. — Politische Blätter äußern die Meinung, daß das Referendum (Volksabstimmung) in Ost-Preußen nicht früher als nach 2 Jahren stattfinden dürfte. Das beweist, wie wenig die Polen davon überzeugt sind, daß die Abhimnung zu ihren Gunsten ausfallen werde. In Ost-Preußen ist man der Ansicht, daß ein derartiger Aufschub des Referendums keinen Einfluß auf das heute schon vorauszuiehende, für die Deutschen günstige Ergebnis haben werde, zumal der Niedergang in Polen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sich mit jedem Tage deutlicher bemerkbar mache. — Bezugnehmend auf die Penner Mitteilung, daß der „Rat der fünf“ die Abgrenzung Polens bereits bestimmt habe, und zwar mit Einschluß von Gebieten, die vorwiegend von Ukrainern und Titauern bewohnt sind, bemerkt der „Vorwärts“, daß auf diese Weise 4 Mill. Ukrainer und 100 000 Titauer, dazu noch die vielen Deutschen in den östlichen Provinzen und in Weißrussland, zu polnischen Untertanen würden, auf deren Zugehörung die polnischen Machthaber natürlich nicht im mindesten rechnen könnten. Das aber würde gleichbedeutend sein mit einer erheblichen Schwächung des nationalen russischen Einflusses im Lande, und damit zugleich der Machtstellung des polnischen Staates selbst, nach innen

**Für Herz und Gemüt.**

**Georgische Dichter.**

Übersetzt von Artur Leiß (Tiflis).  
 5.\*  
 Reich an Zauber und an Reizen  
 Ist Georgiens Natur,  
 Uppig, kräftig ist sein Leben,  
 Duft- und farbenreich die Flur.  
 Dort des Meeres Wogen brausen,  
 Hier rauscht feierlich der Wald;  
 Und darüber lacht des Himmels  
 Helle Pracht, von Glanz durchstrahlt.  
 In der blauen Ferne ragen  
 Eisgekrönte Bergeshöhn,  
 Und durch ihre Gänge fließen  
 Flüsse, lieblich anzusehn.  
 Reiche Gärten, üppige Felder  
 Brangen hold im Sonnenschein,  
 Jeder schmeckt in milder Wärme,  
 Jeder kann hier glücklich sein.  
 Und auf allem liegt noch heute  
 Sehne Gedränge früh'rer Zeit,  
 Und uns allen ist noch teuer  
 Unser Ahnen Herrlichkeit.

David, den wir heilig reimen,  
 Tamar, unsre Königin,  
 Weider Angehenen halten  
 Wir im Herzen wie im Sinn.

Unser großer Anstaltel  
 Und Besik, der hold sang,  
 Sind die Schöpfer ew'ger Lieder,  
 Schildern unsern Schiffsalgang.

Aus der Dichtung „Zmed“ („Hoffnung“)  
 von Wachtang Orbeliani.

6.  
 Schau der einst'gen Große Trümmer,  
 Was wir litten, steht du dort!  
 Auf der Höhe der alten Kirchen,  
 Sind der Vorzeit heil'ger Hort.

Keine Messe wird gelesen,  
 Jetzt in jener Einsamkeit;  
 Und verstimmt sind längst die Glocken  
 In der Wälder Herrlichkeit.

Wälder erjagen die die Gründe,  
 Von Georgiens Ungenoch,  
 Schau in Marieta's altem Dome  
 Wino's Kreuz und lies dort nach.

Freie Rede, die erzählen  
 Unseres Landes Schiffsalgang,  
 Seine kitenreiche Sendung,  
 Zu der es der Glaube zwang.

Unsre heil'ge Kinde brachte  
 Uns der Christuslehre Licht,  
 Gegen Allen sie zu schützen  
 War Georgiens Schiffsalpflicht.

Aus „Zmed“ von Wachtang Orbeliani.

**Ein Kind im Schnee.**

Erzählung von Elisabeth Band (Hüllingen).  
 (Schluß.)

Man wurde der Küster erst gewahr, daß sie ein Kind auf ihren Armen trug.  
 Was hast du denn da, mein Lieb? fragte er.  
 Selene lächelte wieder und ließ das Tuch sinken.  
 Ja, sieh nur, was ich im Schnee gefunden habe!  
 Sprach sie, leise, und ihre Stimme hatte einen weichen, inigen Ton, wie einst, da Karleken noch lebte. Es ist ein armes, heimatloses Kind.  
 Eine Waise also? fragte der Küster mitteilig.  
 Wie ich dir sage! Selene bettete den völlig erschöpften kleinen Knaben auf das Sofa und deckte ihn mit einer warmen Decke zu. Wie kalt er ist, meinte sie besorgt, aber er wird sich erholen.  
 Ganz gewiß, mein Lieb! verrückte der Küster, dem das Herz warm wurde. Und wenn ich dich recht verstehe, fuhr er glittig fort, müdest du, daß wir den armen Kleinen für immer behalten?  
 Wenn du wolltest! sammelte Selene.

\* 1-4 s. Nr. 82 der „R. P.“ — Die Schriftl.



wie nach außen, da in Polen kaum mehr als 12 Millionen eigentlicher Polen anfangig seien. — Die deutsche konservative Presse teilt mit, daß die Litauer dem Abtransport deutscher Truppen aus Baktien über Litauen nach der Heimat hinderlich zu werden drohen. General Eberhardt (Nachfolger v. d. Goltz) verhandelt deswegen mit den Litauern, aber offenbar nicht mit dem nötigen Erfolge, da die Evakuierung Kurlands von den besagten Okkupationsstruppen sich nur sehr allmählich vollziehe (in Kurland Mangel an Eisenbahnen). — Ungeachtet der Mitteilung einiger Zeitungen, daß die „West-russische Regierung“ ihre Vertreter nach Berlin ernannt habe, wird behauptet, daß die deutsche Regierung sich der Anerkennung der west-russischen Republik entziehe. — Einem Bericht-erhalter der „Berliner Borsen-Zeitung“ hat v. d. Goltz erklärt, daß seine Verabreichung die Entente veranlassen werde, auf die Frage betreffs Baltiens objektiv zu sehen. Sein Telegramm an Oberst Araloff-Bermont sei eine Privatangelegenheit gewesen. In den Truppen des letzteren befänden sich keine deutschen Bürger; das könnte die inter-alliierte Kommission an Ort und Stelle ohneweiters feststellen. Die Ziele Araloffs seien gleichbedeutend mit den Zielen Denikins, nämlich — die Wiedervereinigung Kurlands, mit Ausnahme Polens und Finnlands. Nur wenn das gelang, würde der Friede gesichert sein. Wenn aber die Ostsee-Provinzen eine englische Kolonie werden sollten, bei nur scheinbarer Selbständigkeit der hier gebildeten Republiken, so würden sie nach dem Kriege für Rußland unzugänglich sein. Sodann befragte v. d. Goltz, daß alle Soldaten-deutscher Nationalität dem Koalitions-befehl schon Folge geleistet hätten. Es seien nur diejenigen von ihnen zurückgeblieben, welche sich in dieser Gegend anhielten und russische Untertanen werden wollten. Für sie könne die deutsche Republik natürlich nicht die Verantwortung tragen. — Die „Frankfurter Ztg.“ führt die Worte eines Vertreters des Informations-Büros der „Chicago Tribune“ an, nach denen in einigen Kreisen der Entente, besonders unter den französischen Offizieren, der Wunsch geäußert werde, das die Räumung der baltischen Provinzen möglichst langsam vor sich gehen möchte. Die „Frankf. Ztg.“ nennt das ein doppeltes Spiel und besteht darauf, daß Deutschland sich unbedingt an das Ultimatum der Entente halten und seine Truppen aus den baltischen Provinzen möglichst schnell evakuieren müsse, ohne auf irgend welche geheimen Wünsche militärischer Kreise der Entente Rücksicht zu nehmen. — Araloff-Bermont soll sich an General Foch mit der Bitte gewandt haben, die Entsendung der inter-alliierten Untersuchungskommission nach Baktien und Litauen zu beschleunigen, um weitere Blutvergießen in „West-Rußland“ zu verhindern. — Aus Moskau berichtet ein bolschewistischer Funktionär unter dem 25. 10. von schweren Artilleriekämpfen zwischen

den lettischen und den „weißen“ russischen Truppen bei Thorenberg (Vorort von Riga) und auf den Brücken, die über die Däna (bei Riga) führen. Die Letzten beklagen sich, daß auf Riga von deutsch-russischen Aeroplanen Bomben mit ständigen Gasen geworfen würden, denen bereits mehr als 100 Personen von der Zivilbevölkerung zum Opfer gefallen seien. — Die Regierung Urmanns (in Lettland), die von der Entente begünstigt wurde, soll ihren Abschied genommen haben, woraus ein gewisser Stimmungswechsel bei den „Verbündeten“ (Entente) gefolgert werden darf. Hierzu dürfte vor allem das immer offener zutage tretende Bestreben der beiden sog. „Kartoffel-Republiken“ (Dödtische Bezeichnung für die baltischen Republiken Lettland und Estland), mit dem „Sowjet-Rußland“ übereinzutreten, um sich die „Selbständigkeit“ zu erhalten, beigetragen haben, die im Falle des Sieges der Russen (Kraloff-Bermont und Judenitsch) begreiflicherweise in Frage gestellt wurde, „indes die Bolschewiki sie ihnen im abzuschließenden Frieden garantieren wollen. Die Ereignisse zwingen die Entente offenbar, ihre Schaulustpolitik in Baktien zu verabschieden und nolens volens den genannten Russen, als Bekämpfern des Bolschewismus, den Vortritt vor den bolschewistisch angehauchten Letten u. Esten zu geben, selbst auf die Gefahr einer Stärkung des Deutschturns in Baktien hin. — In der „Deutschen Allgem. Ztg.“ äußert sich ein Diplomat dahin, daß die Handlungspolitik der Entente gegen Deutschland in den baltischen Provinzen auf der Voraussetzung von Erfolgen Judenitschs begründet war. Wenn aber die Entente durch Mißerfolge derselben sich veranlaßt fühlen würde, die Anwesenheit deutscher Truppen in den genannten Provinzen für erwinlich zu erklären, so sollte die deutsche Regierung trotzdem die deutschen Truppen von dort möglichst schnell zurückziehen. Was aber im übrigen die Beziehungen Deutschlands zu Rußland angehe, so möchte erlerstes unter allen Umständen neutral bleiben, umsonstere als Deutschland an der Blockade, welche die Entente gegen Rußland in Szene setze, nie und nimmer teilnehmen dürfte. Ebenso wenig sollte Deutschland irgend eine Regierung in Rußland vor Beendigung des Bürgerkrieges anerkennen. Derselben Meinung seien noch in der 2. Hälfte des Jahres 1918 auch die unabhängigen Sozialisten mit Haase an der Spitze gewesen. Letzterer habe sich zugleich auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg berufen, die in dieser Beziehung auch zur Vorkicht gemacht hätten. — Ein Telegramm aus Rauen berichtet, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wünsche, mit der Entente eine Verständigung über Herstellung wirtschaftlicher Wechselbeziehungen mit Rußland im allgemeinen Interesse zu erzielen. — Der „Vorwärts“ spricht sich auch auf's entschiedenste gegen eine Beteiligung Deutschlands an der Blockade Rußlands aus. Er sagt: „Die Blockade, welche gegen ein Volk gerichtet ist, mit dem wir

unfs nicht im Kriege befinden, ist eine hochgradig verbrecherische und unmoralische Handlung. Bist du Absicht, die Regierungsform in Rußland zu ändern. Das aber bedeutet Einmischung in die inneren Angelegenheiten des betreffenden Landes. Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu! Die Blockade käme einer Kriegserklärung gleich; wir aber wollen mit allen Büßern in Frieden leben.“ Hierzu die Mitteilung aus Christiania, daß die norwegische Arbeiterpartei einen Aufruf an alle Parteigenossen und Parteiorganisationen des Landes hat ergehen lassen, in welchem sie diese auffordert, vom 7. bis zum 9. November Protestmeetings gegen die Blockade des Räte-Rußlands zu veranstalten! Die auf letzteren zu fassenden Resolutionen sollen die Forderung enthalten, daß die Regierung sich in keiner Weise an feindseligen Handlungen gegen das Räte-Rußland beteiligen dürfe, sondern bestrebt sein müsse, die frühesten Beziehungen zu ihm wieder aufzunehmen. — Der Oberste Rat der Entente soll, wie die jüngsten Nachrichten lauten, beschlossen haben, in Baktien auch nicht von den allerstärksten Maßregeln zurückzuziehen, um die hier erwünschte Lage zu schaffen. Er beharrt dabei auf seinem früheren Standpunkt, das allem zuvor von Deutschland die Evakuierung seiner Truppen aus Kurland zu fordern sei. — Bergl. hierzu auch den Auszug aus der Rede des Min. v. Außern Müller in der vorigen Nummer unseres Blattes. — Die deutsche Nationalversammlung ist aus Weimar nach Berlin übergeführt worden und hat ihre Tätigkeit hier am 5. Oktober begonnen. — Aus Belgien ist am 14. 10. die letzte Partie deutscher Kriegsgefangenen (40 000 Mann) in die Heimat befördert worden. Der Abtransport deutscher Kriegsgefangenen aus den Vereinigten Staaten hat begonnen. Der erste Dampfer mit solchen ist am 12. 10. aus New-York nach Rotterdam abgegangen. — Der Oberste Rat der Entente hat sich für die Zulassung deutscher und österreichischer Delegierten zur internationalen Arbeiter-Konferenz, die in nächster Zeit in Washington stattfinden soll, ausgesprochen. Die deutsche Regierung hat in Anbetracht dessen beschlossen, je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber dorthin zu entsenden. — Die japanische Gesandtschaft in Rom widerspricht aufs nachdrücklichste der Mitteilung römischer Zeitungen über den Abschluß eines Geheimvertrages zwischen Japan und Deutschland betreffs des Fernen Ostens. — In der in diesen Tagen hierher gelangten römischen Zeitung „La Tribuna“ finden wir den ganzen Wortlaut der Rede des italienischen Ministers des Auswärtigen Tittoni, welche er am 27. September in der Kammer hielt. Wie alle Ministerreden der sogenannten Entente, ist auch diese den „Verbündeten“ gegenüber sehr reich an freundlichen oder wenigstens schonungsvollen Worten und im allgemeinen enthält sie nichts, was besondere Bedeutung hätte. Hier und da schimmert aber manches hindurch, was alle Leute wissen und eben deswegen die Minister nicht gern zugehen. So sagt Herr Tittoni u. a.: „Niemand kann sagen, wie lange die diplomatischen Beziehungen der Friedenskonferenz bestehen bleiben“. Dann fragt er sich weiter: „Hat die Konferenz auf Stein oder auf Sand gebaut?“ „Wird der Völkerbund den Krieg verhindern können?“ „Wird dieser Völkerbund nichts wessler sein als ein Symbol der Sieger?“ „Wird ein Zusammenleben der jetzt gewaltsam aneinander gefügten Völker möglich sein?“ usw. usw. „Aber Herr Tittoni, Sie plausieren ja aus der Schule!“ möchte man sagen. — Die Dampferverbindung zwischen den italienischen Häfen und Hamburg ist wiederhergestellt. In Genoa ist der erste deutsche Dampfer mit Reichsgeld und Instrumenten bereits eingetroffen. — Bei den Neuwahlen in das italienische Parlament wird offenbar die Partei der Landbesitzer, vereint mit den Sozialisten, welche radikale Reformen auf dem Gebiete der Industrie fordern, den Sieg über die Militärpartei und die mit ihr vereinigte Partei der territorialen Erörterungen davontragen, insulgedessen mehr als 150 bisherige Deputierte in das Parlament nicht wieder zurückkehren und eine Reihe bekannter politischer Führer, wie z. B. Tittoni, Sonnino, Stespi, Orlando u. a. die dank ihrer Beziehungen zur Friedenskonferenz sich einen Namen gemacht haben, von der politischen Schaubühne verschwinden dürften. — In Italien haben die Agrarverbände einen bedeutenden Charakter angenommen. Täglich laufen Mitteilungen über Brandstiftungen und Verwüstung von Weinanpflanzungen auf den Landes-reisen der Großgrundbesitzer ein.

Unser Haus ist nur klein! sagte der Küster, denn wir sind nicht reich, aber was wir haben, wollen wir gern geben! Das Kind wird die vielleicht ein Trost sein in deinem Schmerz!

Zu erwiderte Helene, und ein Leuchten kam in ihre Augen, wie es der Mann lange, lange nicht mehr bei ihr gesehen hatte, mir ist, als müßte es so sein, daß wir den Knaben wie einen Sohn aufnehmen! An Karlchens Grab fand ich ihn, da sank er mir ans Herz und nannte mich voll selbst Mutter.

Meine liebe, liebe Frau! sagte der Küster beswehlt, und legte seine den Arm um Helenens Gehalt.

Wenn du müdest, Richard, ich dich mich nach diesem Wort geseht habe, Tag und Nacht, gehand sie stierend, nur ein Mal, nur ein einziges Mal wollte ich es noch von so süßen Kinderlippen hören — darum habe ich geweint und gebetet!

Nicht umsonst, denn Gott ist sehr barmherzig! sagte der Küster, wie, du hast am Abend des alten Jahres bitterlich geweint, und das neue bringt dir nun so schnell schon sein erstes Lächeln, dies Kind!

Ein Kind im Schnee! küßte Helene.

Zu! fuhr der Küster fort, wir wollen es hegen und pflegen — es ist schwach, wie ein mäßes Pflänzchen, das immer im Schatten hand. Es soll Sonne haben und spielen, wie unser kleiner Sohn gespielt hat — unser Karlchen!

Er scheint auf denselben Namen zu hören, wie Bubi!

meinte Helene, wenigstens kam er und meldete sich, als ich in meinem tiefen Schmerz nach dem Kinde rief!

W! rief der Küster erstaunt, wie wunderbar! Gerührt betrachtete er den schlafenden Knaben. Sonst hat er freilich nichts von Karlchen!

Rein! seufzte Helene, sein Haar ist so dünn und das Gesichtchen so mager! Er sieht fast alt aus mit dem kummer-vollen Zug um den Mund! Wie ein Kind schon leiden kann! Ach, unser Karlchen schläft wohl, ein kleiner Engel!

Der Küster beugte sich mit einer häßigen Bewegung nieder und küßte seine Frau.

Du sagst es! murmelte er.

Das neue Jahr brachte, was das alte nahm.

Der Küster sah nicht mehr des Abend's in seinen Feierstunden so traurig da, um zu grübeln, wie früher.

Die Sonne war wieder gekommen mit dem kleinen, schwächlichen Knaben, der frohlich im Haus und Garten herum sprang, der bald zum Vater und bald zur Mutter kam, um etwas zu ersuchen.

Immer mehr rüdte er in die Stelle des verstorbenen Söhnchens — er trug seine Kleider — er spielte mit den weißen Schächern, den bunten Bällen und Reifen, den Bilderspihern, die eigentlich zum ersten Gebenten an Bubi aufbewahrt werden sollten.

Nach wie ein König kam sich der arme, einst so verlassene kleine Junge vor. Er hatte jetzt alles, alles, was er sich nur je wünschte — und das Beste — das Schönste, — auch eine Mutter.

meinte Helene, wenigstens kam er und meldete sich, als ich in meinem tiefen Schmerz nach dem Kinde rief!

W! rief der Küster erstaunt, wie wunderbar! Gerührt betrachtete er den schlafenden Knaben. Sonst hat er freilich nichts von Karlchen!

Rein! seufzte Helene, sein Haar ist so dünn und das Gesichtchen so mager! Er sieht fast alt aus mit dem kummer-vollen Zug um den Mund! Wie ein Kind schon leiden kann! Ach, unser Karlchen schläft wohl, ein kleiner Engel!

Der Küster beugte sich mit einer häßigen Bewegung nieder und küßte seine Frau.

Du sagst es! murmelte er.

Das neue Jahr brachte, was das alte nahm.

Der Küster sah nicht mehr des Abend's in seinen Feierstunden so traurig da, um zu grübeln, wie früher.

Die Sonne war wieder gekommen mit dem kleinen, schwächlichen Knaben, der frohlich im Haus und Garten herum sprang, der bald zum Vater und bald zur Mutter kam, um etwas zu ersuchen.

Immer mehr rüdte er in die Stelle des verstorbenen Söhnchens — er trug seine Kleider — er spielte mit den weißen Schächern, den bunten Bällen und Reifen, den Bilderspihern, die eigentlich zum ersten Gebenten an Bubi aufbewahrt werden sollten.

Nach wie ein König kam sich der arme, einst so verlassene kleine Junge vor. Er hatte jetzt alles, alles, was er sich nur je wünschte — und das Beste — das Schönste, — auch eine Mutter.

### Das Staatenproblem in Rußland\*).

I.

W. J. Der Zerfall des alten russischen Reiches und die Bildung selbständiger Staaten auf seinem Territorium ist von der russischen öffentlichen Meinung lange Zeit als ein Uebergangsstadium angesehen worden und wird noch heute bis weit in die Kreise der russischen Demokratie als belanglos für die Zukunft Rußlands angesehen. Die Einheit Rußlands erscheint dem russischen Patriot nicht nur als politische und wirtschaftliche Notwendigkeit, sie ist für ihn gefühlsmäßig so fest verankert, daß er allen nationalen Antrieben der russischen Völker mit Mißtrauen gegenübersteht, in ihnen nur die kurzfristige Politik wenig zahlreicher nationalistischer Gruppen zu sehen glaubt, und in der Forderung nach nationaler Selbständigkeit geradezu einen Verrat erblickt. Die Zustände, zu denen die provisorische Regierung 1917 gegenüber der Ukraine bereit war und die eine weitgehende Autonomie vorschlug, werden von dem größten Teil der russischen Demokratie auch heute noch als ausreichend angesehen; sie warnt die Teilstaaten vor der Entseffung der nationalrussischen Stimmung unter dem Großrußengeißel, wie sie unvermeidbar durch das Beharren auf der nationalen Souveränität von seiten der Randvölker entstehen müsse. Die russischen Demokraten, die in Paris verammelt sind, lehnen es ab, sich als Vertreter des Großrußentums behandeln zu lassen, sie fühlen sich als Russen schlechthin, und sie verweisen die nationalen Regierungen an die allrussische Konstituante (Grundgesetzgebende oder Gründungs-Versammlung), die nach dem Sturz der Bolschewiki als einziger Souverän über das Geschick Rußlands, auch die nationalen Fragen zu entscheiden haben würde.

Auch heute betrifft diese ablehnende Haltung in erster Linie die Ukraine. Verlangt doch die Ukraine die Anerkennung ihrer Selbständigkeit nicht, wie andere Teile Rußlands, von denen noch gesprochen werden wird, nur um sich im Chaos der russischen Gegenwart zu behaupten, sondern führt sie doch einen Kampf aktiv um die Souveränität des ukrainischen Nationalstaates. Hier wird am schärfsten die Einheit und Unteilbarkeit Rußlands als ein Erbtell der zaristischen Vergangenheit angegriffen, die Möglichkeit einer künftigen Föderation der Völker Rußlands ganz von dem eigenen Willen dieser Völker abhängig gemacht, die heute als alleinige Realität der willkürlichen Konstitution eines russischen Einheitsstaates und seines in der allrussischen Konstituante zum Ausdruck kommenden Willens gegenüber ständen. Die ukrainischen Politiker erklären, daß eine solche allrussische Gesetzgebende Versammlung in Wahrheit eine großrussische sein würde, in der die Stimmen der nationalen Minderheiten einfach erdrückt werden müßten. Sie verlangen den Zutritt nationaler Kriegsgewinner Versammlungen, die föderativ über den Zusammenschluß in einem russischen Staatenbund zu entscheiden hätten. Inzwischen aber schlagen sie vor, daß drei bzw. fünf Vertreter jedes Teilstaates als gleiche und gleichberechtigte zusammenzutreten sollen, um schon jetzt eine Übereinkunft zu erzielen und ein Abkommen vorzubereiten, das erst, wenn es sich auf dem freiwilligen Einverständnis souveräner Staaten aufbauen würde, ein wahres Rußland und nicht ein verkapptes Großrußland wäre.

Einer russischen Föderation, die heute an Stelle des alten Einheitsstaates auch leichter von oben herab, von der Moskauer Zentralgewalt, eingeführt werden könnte, steht die Ukraine mit Mißtrauen gegenüber. Die Willigung, die dem Begriff der Föderation durch eine reaktionäre Regierung à la Kollschak gegeben werden konnte, läßt sie heute um so nachdrücklicher auf dem Verlangen nach Selbständigkeit beharren. Die Ukrainer weisen darauf hin, daß von großrussischer Seite immer wieder die Bundesgenossen der beiden Teile mit wirtschaftlichen Gründen motiviert wird, daß großrussisch-erzögelt die Ukraine ganz offen als eine notwendige Kolonie betrachtet wird. Aus diesen kolonialen Zuhand will die Ukraine auf alle Fälle heraus kommen, und wenn 1917 das Nationalgefühl noch nicht so gewendet war, daß die vollständige Selbständigkeit allein diese Befreiung zu garantieren versprach, so hat der Bolschewismus auf der einen Seite, die unverständliche Haltung soll der gesamten öffentlichen Meinung in Grosßrußland auf der anderen sie dem ukrainischen Patriotismus zur unabweislichen Notwendigkeit gemacht. Man gibt in der Ukraine offen zu,

daß bei Ausbruch der russischen Revolution nur eine Minorität ukrainische Ziele verfolgte, daß auch heute noch in den Städten eine russische Bourgeoisie lebt, die der Idee einer selbständigen Ukraine verständnislos gegenübersteht. Aber man betont um so stärker, daß in den zwei Jahren seit der russischen Revolution eine nationale Entwicklung stattgefunden habe, die zu ignorieren gegen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen verstoßen hieße. Die Bauernbevölkerung selbst habe ein wachsendes Verständnis für die nationalen Fragen, mag dies Verständnis zunächst auch im Gegenjag nicht zu der russischen Demokratie und dem russischen Volke enthanden sein, sondern unter dem Druck der deutschen Okkupation und in Abwehr des Bolschewismus. Jedemfalls sei der Gegenjag auch zum sozialistischen Rußland schon bei verschiedenen Wahlen zu Tage getreten, in denen berühmte Vertreter des russischer Sozialismus den ukrainischen Kandidaten unterlagen. Wichtig aber ist das Heraufkommen eines intelligenten oder halbintelligenten Verwaltungsapparates aus der Bauernschicht, der nicht mehr durch ein Dekret zu beseitigen sei. Man kann über die Bedeutung der russischen Bayernbevölkerung in allen Teilen des alten Staates verschiedener Meinung sein, ihr politisches Schwerkörper mit Zug und Recht gering einschätzen, ihre Haltung auf wenige wirtschaftliche Forderungen zurückführen, man kann aber heute nicht mehr das Vorhandensein einer ukrainischen Oberschicht verneinen, die nur durch die vollkommene und unerbittliche Reaktion niedergehalten werden könnte. Bei der Zuspeisung der Forderungen von beiden Seiten ist jeder Versuch der Wiederherstellung der russischen Einheit eine solche Reaktion. Sie wird durch die Armer Demiklus ebenso wie durch die Bolschewiki verfoert, und der Kampf um die gegenwärtige Unabhängigkeit von diesen beiden Unterdrückern hat das ukrainische Selbstständigkeitsgefühl nur vertieft.

Unverständnis für diese Entwicklung wird von ukrainischer Seite nicht allein der russischen Reaktion vorgeworfen, sondern gerade in besonderem Maße der russischen Demokratie; für, in deren Programm die Anerkennung des Völkerrwillens und damit des Zugeständnis eines russischen Föderativsystems stand, hat im kritischen Sommer 1917 die Ukraine mit der kationellen Praxis der Jarenzeit behandelt, die Entscheidung — allerdings unter dem Druck des Krieges — auf die kommende russische Konstituante übertragen und durch diese jögernde Politik den Abfall beschleunigt und ein Mißtrauen gegenüber der großrussischen Demokratie erzeugt. Sie steht auch heute noch auf dem alten Standpunkt, daß die Notwendigkeit selbständiger Staaten nicht vorhanden sei, sie betont die viel größere Notwendigkeit der Verbindung der russischen Bundesteile, und sie hat durch diese Behandlung des nationalen Moments die Idee der Demokratie selbst in Rußland, die ohnehin im Innern durch das Auseinanderfallen der politischen Kräfte in Bolschewismus und Reaktion gränzt ist, noch außen her empfindlich distrebiert. Die russische Demokratie ist zwischen zwei Stühle geraten: ihr Programm, das die nationale Frage nicht verwarf, sie aber an die zweite Stelle setzte, hinter den Gedanken der russischen Einheit als der Gewähr für die russische Demokratie — dies Programm ist von der Reaktion in diesem Hauptgedanken, wenn auch in einem undemokratischen Sinne, aufgenommen worden, und so steht sie sich heute eher an der Seite der Kollschak und Demiklus, als an jener der nationalen Demokraten, weil sie mit deren nationaler Begründung nicht paktieren will. Es ist für den Außenstehenden natürlich unmöglich zu erkennen, wieviel eine tatsächliche Ukrainisierung stattgefunden hat, als eine vollendete Tatsache, mit der der Politiker zu rechnen hätte. Und so ist der Zweifel auch die Ablehnung verhänglich, welche die russischen Demokraten dem ukrainischen Selbstständigkeitsgedanken entgegen bringen. Eine neue Fragestellung indessen ergibt sich, wo das nationale und erst recht das nationalrussische Element wegfällt, wo die Selbständigkeit der russischen Teilstaaten gerade aus dem Geist der Demokratie heraus motiviert wird. Dies Argument, die Notwendigkeit der nationalen Selbständigkeit zum Spure der Demokratie, ist auch von der Ukraine aufgegriffen worden, es wird aber bei ihr überfent von den eigentlich nationalen Ansprüchen, die zum Teil gegen jede auch zukünftige Verbindung mit Rußland plärieren.

Dagegen ist von einem zweifelslos guten russischen Demokraten, von Bereteli, der selbst ein Gegner der nationalen Selbständigkeit gewesen ist, die Frage in einem neuen Sinn beantwortet worden: bei der russischen Demo-

kratie vor die Entscheidung stellt, welchem Gedanken sie heute im Sinne einer kommenden russischen demokratischen Staatlichkeit den Vorzug zu geben hat: der Unterdrückung der nationalen Sonderbestrebungen an der Seite eines zwar einheitlichen, dafür aber sicher undemokratischen Staatsprinzips; oder der Erhaltung der demokratischen Idee unter vorübergehender Opferung des Einheitsgedankens; eine Frage, die zugleich dadurch beantwortet werden wird, ob die russische Politik innerpolitisch oder außenpolitisch orientiert werden soll.

### Die flämische Bewegung in Belgien.

Der niederdeutsche Volksstamm der Flamen, welcher die belgischen Provinzen Flandern, Antwerpen Limburg besohnt und ungefähr 4 Millionen Kopie zählt, hat einen schweren Stand neben den etwas über 3 Millionen zählenden, französisch sprechenden Wallonen. In den letzten Jahrhunderten war die Zahl der Flamen unter dem Druck der französischen Kultur sehr zurückgegangen, fest aber seit 60 Jahren der Bewelschung einer lebensfähigen Widerstand entgegen. Die Franzosen brachten den Flamen stets nur Geringachtung entgegen und hatten nichts anderes im Sinne, als sie aufzusaugen, d. h. zu Franzosen zu machen. Bis in die letzten Jahre gehärtete isten die belgische Regierung nicht einmal die Errichtung von Hochschulen, und es ist zu verwundern, daß die Flamen während der deutschen Okkupation die Gründung einer solchen durchführten. Nach Beendigung des Krieges machte sich natürlich die französisch-wallonische Regierung mit Hilfe der Franzosen an die Beseitigung alles dessen, was die niederdeutschen Flamen während des Krieges errichtet hatten. Der Prozeß gegen das Mitglied des „Raad van Vlaanderen“ Worms zeigte jedoch bald die Stärke der flämischen Bewegung.

Über dieselbe bringt das „Journal de Genève“ einige interessante Einzelheiten. Die französisch-schweizerische Zeitung ist natürlich ebenso deutschfeindlich wie die pariser oder belgischen Blätter und sagt, die Bekämpfung der bis jetzt französischen Hochschule von Gent, worauf die Flamen besonders bestehen, wäre ein Schlag gegen die französische Kultur.

An der Spitze der flämischen Bewegung stehen zahlreich Geistliche, die es so weit gebracht haben, daß, wie sich das französische Journal de Genève ausdrückt, schon viele Städte vom Gift des Widerstandes angeedtet sind.

Die Franzosen nennen die flämische Bewegung „verbrecherisch“ und die Aufrufe, welche von Holland aus unter den Flamen verbreitet werden, enthalten nach ihrer Auffassung nichts als „Verleumdungen und Lügen.“ Ja, für die siegestraunten Franzosen ist fremdes Recht Unrecht, und wie sich der französisch-wallonische Führer der linken Parlamentsgruppe in Belgien unlängst äußerte, ist „das Sinnbild alles dessen, was es in der Weltswelt des neuen, klaren und glänzenden gibt, die französische Kultur!“

Nun, wir glauben, die niederdeutschen Flamen sind anderer Meinung und werden sich auf die Höhe bringen, die einem germanischen Volksstamme gebührt. A. A.

### Aus dem deutschen Leben.

T i l l i s .

Ein Kinderabend im „Deutschen Hause“ findet Sonabend, d. 15. November, von 5 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends statt. An den Vorarbeiten beteiligen sich: Fr. v. Struve, Fr. Walling, Fr. v. Leibig, Fr. Gausloff, Fr. Prißmann, Fr. Lang, Fr. Repsch und die Herren Pfeiffer, Biem und Altschwang. Das reichhaltige Programm mit musikalischer und Gesang-Anteilung unter Leitung von Fr. v. Leibig, Deklamation, Melodeklamation und Turnen mit Musikbegleitung unter Leitung von Fr. Repsch und Ausführung von lebenden Bildern unter Leitung von Fr. Lang werden die Vorstellung sehr lehrreich und amüßlich machen.

Herausgeber und verantwortlich für die Redaktion der J. A. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

\*) „Neue Züricher Zeitung“, 15. 8. 1919, Nr. 1226.